

Euro-Rettung und Demokratie in Europa

Die gefährliche Politik der EZB aus der Sicht von Jens Weidmann, Präsident der Bundesbank

Definition des Problems: Der Konstruktionsfehler der Europäischen Währungsunion

Worum geht es eigentlich in der Debatte um die Rettung des Euro?

Es geht letztlich um zwei Fragen:

- zum einen geht es natürlich um die Euro-Länder, die über ihre Verhältnisse gelebt haben, deren Staatsfinanzen über die Zeit nicht die Solidität aufgewiesen haben, die vereinbart worden war, deren Wettbewerbsfähigkeit gelitten hat...
- zum anderen geht es aber zunehmend auch um das Rahmenwerk der Währungsunion, d.h. um die viel grundsätzlichere Frage, wie ein System mit einer einheitlichen Geldpolitik und 17 eigenständigen nationalen Finanzpolitiken überhaupt funktionieren kann.

Eine Währungsunion ohne politische Union kann nicht funktionieren

Nicht nur **David Marsh**, sondern auch die Bundesbank (Issing) hat immer wieder darauf hingewiesen, dass ein einheitlicher Währungsraum nur mit einer politischen Union funktionieren kann. Schon 1990 hat die Buba davor gewarnt, dass es ohne eine solche politische Union sehr schnell (bei der ersten Krise) zu Spannungen kommen wird, - Spannungen, die man (in Maastricht) dann dadurch (ohne Erfolg, wie man heute weiß) einzudämmen versucht hat, dass man ein ausführliches Regelwerk beschlossen hat (Maastricht-Kriterien / Regeln, später dann der Stabilitätspakt).

Die verfehlte Rettungspolitik seit 2010: Austerität und Gemeinschaftshaftung

Warum Zuspitzung der Krise im Frühling / Sommer 2012 (7:00)? Zunehmende Zweifel an der eingeschlagenen Rettungspolitik

Es sind im Laufe der Rettungspolitik der letzten zwei, drei Jahre Zweifel aufgekommen an der Richtigkeit des Rettungskurses, der eingeschlagen worden ist.

Dabei stellen sich besonders zwei Fragen:

1. Sind Austerität und scharfe Reformauflagen die richtige Antwort auf die Krise?

Werden die Reformprogramme, die beschlossen wurden, um an die Ursachen der Krise heranzukommen, in den betroffenen Ländern auch umgesetzt? Vor dem Hintergrund der politischen und sozialen Spannungen in den Krisenländern (Ausgabenkürzungen, hohe Arbeitslosigkeit, höhere Schulden) gibt es eine zunehmende Infragestellung der an die Hilfe gebundenen Spar- und Reformauflagen („self-defeating austerity“) und eine immer schärfere Diskussion darüber, ob es nicht vielmehr Hilfe auch ohne die strikte Umsetzung der Auflagen geben kann / sollte (oder ob man eine Streckung der Auflagen über einen längeren Zeitraum gewähren sollte, - was eine Diskussion ist, die Bekämpfung der Ursachen der Krise in Frage stellt)

2. Sind die Staaten der Euro-Zone wirklich bereit, eine klare politische Antwort auf die Herausforderungen zu geben?

Dabei haben die Staaten zwei Möglichkeiten:

Die Eurozone hat zwei Optionen: zurück nach Maastricht oder vorwärts in eine politische Union

Der Weg zurück zu Maastricht

- entweder sie gehen den Weg zurück zu Maastricht, also zu dem, was wir ursprünglich vereinbart hatten: nämlich zu einer Währungsunion, die auf eigenverantwortlichen Politiken beruht, wo das Handeln auch zur Verantwortung führt?

Der Schritt nach vorn in die politische Union / Fiskalunion...

- oder aber wagen sie es, den Schritt nach vorne zu machen hin zu einem stärker integrierten System, d.h. zu einer politischen Union, zu einer Fiskalunion, was immer sich auch hinter diesen eher vagen Begriffen verbirgt, die aber alle mit einem Punkt verbunden sind, nämlich mit der Aufgabe nationaler Souveränität?

Die einseitige Debatte über eine Haftungsgemeinschaft ohne Kontrolle

Viel Diskussion über Vergemeinschaftung der Haftung...

aber keine Diskussion über die Aufgabe von Souveränität und die notwendige Zustimmung der Bevölkerungen

(8:11) Nun beobachten wir aber heute, dass (vor allem in den Südländern + Frankreich und in der angelsächsischen Welt) viel über Gemeinschaftshaftung diskutiert wird, über Eurobonds, „Euro-Bills“, über Einlagensicherungssysteme (im Rahmen einer Bankenunion), das heißt letztlich die Frage, wie andere für mich haften können (wie es in einem Nationalstaat durchaus normal ist, cf. Deutschland / Länderausgleich), während die eigentliche Frage, ob Haftung und Kontrolle auch in der Balance stehen, ob ich dafür auch bereit bin, nationale Souveränität aufzugeben, gar nicht diskutiert wird. Und es wird ebenso wenig diskutiert, ob die Bevölkerungen, deren Unterstützung ja wichtig wäre, um einen solchen großen Schritt nach vorne zu machen, dahinter stehen.

Geschichte der Währungsunion

Geschichte der Währungsunion: warum hat man eine Währungsunion ohne politische Union überhaupt geschaffen?

Gehen wir an dieser Stelle kurz zurück zur Geschichte der Währungsunion und stellen die Frage, warum Helmut Kohl einer Währungsunion ohne politische Union schließlich zugestimmt hat, obwohl er dies doch immer wieder absolut im Namen der deutschen Staatsräson ausgeschlossen hatte? Warum hat er dieses Ziel letztlich aufgeben müssen aus Gründen, die man zwar erahnen kann, die aber bis heute nicht wirklich klar sind (Druck Frankreichs / Mittelerrands bezüglich der Wiedervereinigung / Junktin...)?

Er – und andere Regierungen - haben dann wohl gemeint, man könne sich auf das Abenteuer der Währungsunion einlassen in der Hoffnung, die politische Union würde sich dann im Laufe der Zeit von selbst ergeben... (Konvergenz). Diese Hoffnung hat sich jedoch als Illusion herausgestellt.

Eine politische Union wurde von Ländern wie Frankreich vor Schaffung des Euro abgelehnt. Werden solche Länder nun heute, also inmitten einer tiefen Krise, einer solchen für eine politische Union notwendigen Aufgabe ihrer Souveränität zustimmen?

Die Philosophie des Maastrichter Rechtsrahmens: Eigenverantwortung / No Bail-Out

Beschluss einer Währungsunion ohne politische Union, die auf Eigenhaftung gründete

In Abwesenheit einer politischen Union hatte sich Deutschland schließlich in Maastricht auf ein anderes als das gewünschte und ideale Modell einer Währungsunion MIT politischer Union eingelassen: man hat sich eingelassen auf ein Modell, das auf Eigenhaftung gründet und das die Haftung für andere Eurostaaten in der Nichtbeistandsklausel („no bail-out“) explizit ausschliesst.

Grundlagen von Maastricht: Die No-Bail-Out-Klausel und striktes EZB-Mandat nach dem Modell der Bundesbank

Der in Maastricht beschlossene Rahmen war also folgender:

- No bail-out (Nichtbeistandsklausel / Eigenverantwortung)
- Fokussierung der unabhängigen Notenbank auf Preisstabilität, Verbot der monetären Staatsfinanzierung, der Finanzierung von Defiziten über die Notenpresse (Mandat EZB)

Ziel war es also nun nicht mehr gewesen, eine politische Union zu bilden, von diesem Modell hat man sich in Maastricht ausdrücklich verabschiedet. Stattdessen hat man versucht, ein Regelwerk aufzustellen, das es erlauben sollte, eine Währungsunion auch ohne politische Union zu erlauben (was in der Geschichte kein erfolgreiches Beispiel kennt).

Nichtachtung und zunehmende Aufgabe der Regeln von Maastricht

Man hat sich jedoch in der Vergangenheit von diesem Maastricht-Modell immer weiter entfernt,

- indem man zunächst die Regeln nicht eingehalten hat
- und indem man dann im Verlauf der Eurokrise die Regeln immer weiter gedehnt hat
- indem man die Regeln geändert hat und eine Gemeinschaftshaftung eingeführt, um die Krise zu bekämpfen, aber nur als ein „Hilfskonstrukt“

Die Eurozone am Scheideweg

Die Eurozone ist heute am Scheideweg: Politische Union oder zurück zu Maastricht (10:00)

Im Laufe der mehrjährigen Rettungspolitik haben die Euro-Politiker also Maastricht verlassen, aber die Alternative von Maastricht, also die politische Union, noch nicht geschaffen. Deshalb stehen wir heute in der Mitte eines Weges und müssen uns entscheiden:

- entweder gehen wir zurück zum Rahmenwerk des Vertrages von Maastricht, der immer noch die Rechtsgrundlage der Währungsunion ist
- oder aber gehen wir nun den Schritt in eine politische Union

Die Politiker haben die Notwendigkeit einer Entscheidung nun im Grunde eingesehen, doch im Moment bleibt es leider nur bei politischen Bekenntnissen zu einer politischen Union, während die konkreten Schritte und die Bereitschaft zur tatsächlichen Aufgabe von Souveränität noch nicht zu erkennen sind.

Die gefährliche Debatte über eine Bankenunion: Das Prinzip der Haftung in der freien Marktwirtschaft

Brauchen wir eine weitere Vergemeinschaftung der Haftung durch eine Banken-Union (EU-Gipfel Juni 2012)

Arbeitspapier der „Großen Vier“ (Draghi, Barroso, Junker, van Rompuy): diese planen eine weitere Vergemeinschaftung der Haftung in der Eurozone durch eine Banken-Union.

Freiheit der Entscheidung und Haftung für eigene Entscheidungen als Grundprinzip der Marktwirtschaft

Das heutige System basiert auf der Eigenverantwortung auf der Haftung für die eigenen Entscheidungen. Das ist ja das Grundprinzip der Marktwirtschaft: ich habe die Freiheit der Entscheidung, aber im Gegenzug bin ich dann für meine eigenen Entscheidungen verantwortlich.

Kontrolle als Voraussetzung für jede Gemeinschaftshaftung (12:33)

Wenn ich nun ein neues Modell will, in dem ein anderer für mich und meine Entscheidungen verantwortlich ist, d.h. dass ein anderer mir finanziell hilft, wenn mich meine eigenen (falschen, schlechten) Entscheidungen in Schwierigkeiten bringen), dann muss ich im Gegenzug natürlich auch die Kontrolle über meine Entscheidungen akzeptieren.

Auf dem Weg in eine Gemeinschaftshaftung / in eine politische Union ist nun natürlich wichtig, dass wir darauf achten, dass dabei Gemeinschaftshaftung in Kontrolle in einer Balance stehen.

Das Problem ist nun jedoch, dass wir in der Diskussion (über die Banken-Union) nur über die gemeinsame Haftung reden, und viel weniger über die Kontrolle.

Eine Banken-Union ohne eine Fiskalunion ist sinnlos

Die geplante Banken-Union besteht aus drei Teilen:

- gemeinsame Bankenaufsicht
- eine gemeinsame Abwicklungsinstitution (im Falle von insolventen Banken)
- und am Ende geht es vielleicht um eine gemeinsame Einlagensicherung

Aber das ist engsten verbunden mit dem Thema der Fiskalunion, da der Bankensektor ja das Spiegelbild einer Volkswirtschaft ist.

- Im Bankensektor spiegeln sich die Staatsfinanzen wieder, da die Banken ja in ihren Portfolien ja Staatsanleihen halten
- Im Bankensektor spiegelt sich die Realwirtschaft wieder (Bsp. Spanien: Übertreibungen im Immobiliensektor (Blase) schlagen irgendwann einmal auf den Bankensektor zurück)

Eine Bankenunion erlaubt Eurobonds durch die Hintertür (13:30)

Deshalb macht es wenig Sinn, sich jetzt nur den Bankensektor herauszugreifen und dort eine Vergemeinschaftung zu diskutieren, ohne dass man den Rest auch in den Blick nimmt (die nationalen Fiskalpolitiken), wenn man verhindern möchte, dass durch eine solche Bankenunion nicht am Ende Eurobonds durch die Hintertür eingeführt werden.

Beispiel: Wenn eine Bank weiterhin in der Staatsfinanzierung tätig ist und gleichzeitig eine gemeinschaftliche Garantie genießt, dann kommen wir natürlich durch eine solche Bankenunion in gefährliche Nähe zur Staatsfinanzierung, da die Finanzierungsvorteil, die diese Bank dann genießen würde, an den Staat weitergegeben würden.

Deshalb hängt das alles miteinander zusammen, und man muss sich auch vor Augen führen, über welche Volumina wir denn da sprechen, vor allem, wenn es um die Einlagensicherung geht (9 Billionen private Schulden in den Südländern, H.-W. Sinn).

Diese Einlagenvolumen sind ja viel grösser als das, was wir bislang diskutieren bezüglich der Krisenmechanismen.

Eine solche Einlagensicherung, die durchaus Sinn machen könnte, kann jedoch aus diesen Gründen nur am Ende eines Prozesses stehen, wo Gemeinschaftshaftung und Kontrolle im Gleichgewicht stehen.

Eine Bankenunion erfordert neue EU-Verträge und Verfassungsänderungen in den Euroländern

Das alles bedeutet eine sehr tiefgreifende Veränderung in den EU-Verträgen, aber auch in den nationalen Verfassungen, d. h. die Vorstellung, eine solche Bankenunion könnte man mal über Nacht auf einem EU-Gipfel verwirklichen

Die vorhandenen Rettungsinstrumente müssen konsequent angewendet werden

Das Problem der Ungleichzeitigkeit: langfristige Vertragsänderungen und kurzfristige Krisenpolitik

Neue Verträge bedürfen also der Zeit (mehrere Jahre), und diese Zeit hat man nicht, wenn man die Märkte beruhigen will. Was kann man also kurzfristig tun, um den Zerfall der Eurozone zu verhindern?

Notwendigkeit der Anwendung der vorhandenen Rettungsinstrumente

Man muss zunächst daran erinnern, dass man in den letzten zwei, drei Jahren ja schon einiges gemacht hat:

- man hat den EFSF geschaffen und ihn dann erweitert
- man hat den EMS geschaffen, ratifiziert und sogar seine Instrumente erweitert

Irritierend ist, dass man, bevor überhaupt die geschaffenen Instrumente verwendet werden, man schön über neue, weiter gehende Instrumente spricht, die dann noch mehr Gemeinschaftshaftung nach sich ziehen würden.

Verunsicherung in den Geberländern durch die Debatte über immer neue Instrumente der Vergemeinschaftung

Eine solche immer weiter gehende Diskussion trägt zur Verunsicherung der Märkte bei und ist schädlich.

Beispiel Spanien: hier wird zurzeit nicht die Frage, wie man den ESM im Falle Spaniens wirklich anwenden kann, sondern vor allem darüber, wie man die an eine ESM-Hilfe geknüpften Auflagen für Spanien am besten umgehen kann.

Das führt dazu, dass Vertrauen verspielt wird bezüglich der Frage, ob man in der Eurozone tatsächlich an die Ursprünge der Krise angehen will.

Am Ende entsteht der Eindruck, es geht lediglich um Gemeinschaftshaftung und darum, dass bestimmte Länder Lasten für andere übernehmen sollen. Und das kann nicht der Lösungsansatz sein.

Zunächst müssen also zuerst einmal die beschlossenen Instrumente konsequent angewendet werden, bevor man schon über die nächsten diskutiert.

Reichen die bisher beschlossenen Hilfsinstrumente aus, „um die Märkte nachhaltig zu beruhigen“?

Zuerst ist zu wiederholen, dass man sie (den ESM z.B.) noch nicht einmal angewendet hat!

Die Tendenz, die Rettungspolitik immer weiter aufzublasen erinnert an den Turmbau zu Babel und die Märkte mit immer größeren Summen Geldes zu beeindrucken.

Rechtsstaatlichkeit und Demokratieprinzip werden aufgegeben

Politische, finanzielle und rechtliche Grenzen immer größerer Hilfsprogramme

Das wird nicht funktionieren. Die uns dazu raten, v.a. Protagonisten aus dem angelsächsischen Raum, verkennen, wie Europa organisiert ist. Sie verkennen ebenso, dass wir in Europa auf diese Weise, indem wir immer mehr Rettungsgeld in Aussicht stellen, sehr schnell an unsere Grenzen kommen werden:

- politische Grenzen
- Grenzen der finanziellen Tragfähigkeit in den einzelnen Ländern (Deutschland)
- Grenzen unserer rechtlichen Grundlagen

Aus diesen Gründen müssen die jetzigen Rettungsinstrumente jetzt erst mal ausreichen.

Eine fortgesetzte Beugung des geltende Rechtsrahmens wird den Euroraum nicht stabilisieren (19:12)

Irritierend bei diesen Diskussionen über Eurobonds, eine Bankenunion mit Einlagensicherung etc... ist, wie leichtfertig von den Politikern Der geltende Rechtsrahmen wird leichtfertig beiseitegeschoben wird.

Es gibt die Nichtbeistandsklausel noch, es gibt das Verbot der monetären Staatsfinanzierung noch, und ich bezweifle, dass Vertrauen in den Euroraum langfristig dadurch entsteht, dass wir selbst den rechtsrahmen, der wir beschlossen haben, immer wieder in Frage stellen.

Eine Stabilisierung der Lage kann nicht dadurch erzeugt werden dass der rechtsrahmen ständig gebeugt wird.

Den Euro retten um jeden Preis? Heiligt der Zweck die Mittel?

Kritiker der Bundesbank behaupten, der jetzige Rechtsrahmen sei sowieso schon mehrmals (auch von Deutschland) gebrochen worden, und außerdem sei es innerhalb dieses Rechtsrahmens allem Anschein nach möglich, den Euro zu retten.

Das ist J. W. zufolge eine äußerst gefährliche Diskussion, in der man letztlich behauptet, „der Zweck heiligt die Mittel“.

Europa gründet auf dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und dem Demokratieprinzip (21:04)

Es geht hier nicht nur um die für die EZB und die Bundesbank relevante Frage der monetären Staatsfinanzierung, die ja von manchen gefordert wird.

Die Eurozone gründet nicht nur auf dem Euro, sie gründet auch – und vor allem - auf dem Prinzip von Rechtsstaatlichkeit und dem Demokratieprinzip!

Wenn wir nun sagen, dass wie die Verträge ja sowieso schon gedehnt und gebrochen haben und deshalb nun diese Verträge auch offen gebrochen werden können, ist das ein sehr gefährlicher Standpunkt, der Europa nicht stabilisieren wird.

Ein solcher Standpunkt zeugt von einem sehr problematischen Rechtsverständnis.

Sinn der Unabhängigkeit der Notenbank

Die Unabhängigkeit der Notenbank und das Verbot der Staatenfinanzierung sind die richtigen Prinzipien

Der Bundesbank und den Deutschen allgemein, die auf der Einhaltung der Verträge bestehen, wird in letzter Zeit vorgeworfen, sie seien Prinzipienreiter.

Es geht hier überhaupt nicht ums Prinzip, sondern wir haben ja alle aus Überzeugung diesen rechtsrahmen in Maastricht gemeinschaftlich eingeführt.

Wir haben diesen Rechtsrahmen bei der Einführung der Gemeinschaftswährung eingeführt, weil wir überzeugt waren, dass eine unabhängige Notenbank besser für die Wirtschaft und für die Bevölkerung ist als eine abhängige, die am Ende Staaten finanziert.

Lehren aus der Geschichte: Der Fall Italiens

Wir haben die Lehren gezogen aus den Erfahrungen in Europa, z.B. die Lehren der unheiligen Heirat zwischen der Banca d'Italia und dem italienischen Staat, die ja durch eine Staatsfinanzierung zu mehr Inflation geführt hat und zu weniger Wachstum.

Warum vergisst man heute diese Lehren und denkt, dass man mit schon gescheiterten Rezepten nur die heutige Krise überwinden kann!

Eine breite europaweite Debatte und Volksabstimmungen sind notwendig

Notwendigkeit einer breiten Debatte über die Zukunft der Eurozone und der Zustimmung der Bevölkerung

Maastricht war im Grunde ein innovatives und sehr gutes Regelwerk, und es ist klar, dass wenn alle Länder die Regeln dieses Vertrages eingehalten hätten, es heute keine existentielle Krise im Euroraum gäbe.

Die Frage, die sich nun aber stellt, ist folgende: wenn wir nun einen neuen Euro bauen mit neuen Regeln, wieso sollte man Vertrauen haben, dass die Euroländer, die sich so unglaublich wenig um die alten Regeln gekümmert haben, nun mit einem Mal die neuen Regeln einhalten werden?

Diese Skepsis ist begründet, und deshalb geht es angesichts der weitreichenden Konsequenzen dessen, was wir heute diskutieren darum, in den Mitgliedsländern eine breite Debatte zu führen, an deren Ende eine Abstimmung stehen muss, in der die Bevölkerungen dem neuen Regelwerk seine Zustimmung geben (oder diese verweigern) können.

Ohne die Zustimmung der Bevölkerungen sind weitere Schritte der Integration und Vergemeinschaftung von Haftung also nicht möglich!

Wir brauchen am Ende des Prozesses Volksabstimmungen über die Zukunft Europas?

Für die Notwendigkeit von Volksabstimmungen gibt es vor allem zwei Gründe:

- Die Tragweite der Entscheidungen, die in den nächsten Jahren zu treffen sind, um den Euro zu retten, ist so groß, dass diese Entscheidungen J. W. zufolge durch eine Volksabstimmung rechtfertigen, umso mehr, als wir ja in diesem Rahmen von Grundgesetzänderungen reden und vielleicht sogar über ein neues Grundgesetz!
- Diese Volksabstimmungen sind aber nicht nur aus verfassungsrechtlichen Gründen notwendig, sondern auch deshalb, um durch sie die ausdrückliche Zustimmung der Bevölkerungen zu dem neuen Rechtsrahmen der Eurozone zu erhalten. Nur diese ausdrückliche Zustimmung erlaubt es nämlich, darauf hoffen zu können, dass die neuen Regeln dann auch eingehalten werden können (Aber Vorsicht: cf. Maastricht-Referendum in Frankreich...).

Wann soll eine Volksbefragung über eine politische Union stattfinden?

Art. 146 des GG erlaubt die Durchführung einer Volksabstimmung für den Fall, dass die immer tiefere Integration Europas eine neue Verfassung für Deutschland notwendig machen würde.

Schon einige Entscheidungen der letzten Rettungsjahre haben das Gefühl geweckt, dass wir für die deutschen Verfassungsrichter einer solchen Situation schon recht nahe gekommen sind.

Wenn wir also über all das reden, was notwendig wäre, um den Euro wieder zu stabilisieren (politische Union, Haftungsgemeinschaft), stellt sich die Frage: muss die Bundesregierung die Bevölkerung schon fragen, bevor sie die Verträge unterzeichnet, oder kann sie solche Verträge unterzeichnen und die Menschen hinterher fragen?

J. W. ist überzeugt, dass wir diese Debatte vorher führen müssen. Und wir müssen sicherstellen, dass diese Debatte nicht nur in Deutschland, sondern auch in den anderen Ländern geführt wird.

Das Beispiel Frankreichs: gemeinsame Haftung ja, Aufgabe von Souveränität nein

Die Nicht-Debatte in Frankreich über die Aufgabe von Souveränitätsrechten (29:22)

Der französische Präsident, der immer wieder darauf drängt, Eurobonds einzuführen, ist sicherlich noch weniger als die Bundesregierung dazu bereit, Souveränität aufzugeben. Und deshalb muss diese ganze Debatte ehrlich geführt werden, und deshalb müssen auch die Franzosen ganz offen befragt, ob sie dazu bereit sind, als Gegenleistung zu einer weiteren Vergemeinschaftung der Haftung auch eine Aufgabe bestimmter Souveränitätsrechte zu akzeptieren.

Und hier ist es nun durchaus erlaubt daran zu zweifeln, dass die französische Bevölkerung, die ja im Jahre 2005 schon in einem Referendum seine Skepsis gegenüber einer weiteren Vertiefung Europas ausgedrückt hat, der Aufgabe von wichtigen Souveränitätsrechten an die Eurozone zustimmen würde.

Das wichtige bei einer solchen Debatte ist aber, dass über beide Seiten der Medaille diskutiert wird: die Vergemeinschaftung der Haftung auf der einen Seite (Eurobonds, Bankenunion etc.) UND die Aufgabe von Souveränitätsrechten:

J. W. erinnert hier an die Reaktionen auf ein Interview, das er am 25. Mai 2012 der Tageszeitung Le Monde gegeben hat, nachdem er von einem Teil der politischen Klasse dort heftig kritisiert wurde im Stil: „was fällt diesem Mann, dazu noch einem Deutschen, ein, uns über die Rolle der Notenbank zu belehren...!“

Andererseits gab es nach diesem Interview auch in Frankreich Stimmen, die ihm Recht gegeben und gesagt haben: „Eigentlich hat J. W. ja recht. Es handelt sich bei alledem tatsächlich um solch einschneidende Einschnitte auch in die französische Verfassung, dass auch in Frankreich darüber dringend eine breite Diskussion stattfinden müsste.“

Auch die Franzosen müssen also gefragt werden: wollen wir wirklich dieses neue Europa, das unsere Souveränität entscheidend einschränkt, oder wollen wir vielleicht eher zurück nach Maastricht. Diese Alternative muss den Franzosen

klar auseinandergesetzt werden und darf nicht einseitig so geführt werden, als ginge es im Grunde nur um ihre Zustimmung zu Eurobonds oder ähnlichen Instrumenten, die die Haftung innerhalb der Eurozone vergemeinschaften.

Die ungewählte EZB macht Politik im rechtsfreien Raum anstelle der gewählten Politiker

Die Nicht-Entscheidung der Euro-Politiker zwingt die EZB zu einem demokratisch nicht legitimierten Handeln ausserhalb ihres Mandats

Nach zwei oder drei Jahren Krisenmanagement hat man den Eindruck, dass die europäischen Politiker, die sich nicht zu den notwendigen Entscheidungen entschließen können, immer mehr zu dem Schluss gekommen sind, dass es an der EZB ist, mit immer neuem frisch gedruckten Geld (cf Federal Reserve, Bank of England, Bank of Japan) den Karren aus dem Dreck zu ziehen.

J. W. ist im Gegensatz zu den meisten seiner Kollegen im EZB-Rat der Meinung, dass die Grenzen des Mandats der EZB in den vergangenen Jahren schon sehr weit gedehnt worden sind und dass die Nicht-Entscheidung in der Politik dazu führt, dass die EZB über ihre Bilanz Haftung und Risiken vergemeinschaften, und das in einem Bereich, der eventuell gar nicht mehr vom Mandat der Notenbank gedeckt ist.

Das ist problematisch, weil es bedeutet, dass das, was dort passiert, am Ende demokratisch nicht legitimiert ist.

Es ist ja nicht unsere Aufgabe, Risiken der Solvenz von Staaten und Banken von den Krisenländern auf die Länder umzuverteilen, die solidere Finanzen haben.

Die EZB an der Grenze ihres Mandats

Die EZB hat schon viel getan, um den Euro zu stabilisieren, und ihre Grenzen sind erreicht

Die EZB hat durch zahlreiche „Sondermaßnahmen“ schon enorm viel dafür getan, um den Euro zu stabilisieren und eine Eskalation zu verhindern, z.B.:

- die faktisch unbegrenzte Bereitstellung von Liquidität für die Banken
- eine extrem lockere Zinspolitik (niedrige Zinsen)

Die Grenzen der EZB, auf Nicht-Handeln der Euro-Politiker zu reagieren, sind J. W. zufolge nun erreicht.

Die Aufgabe der Notenbank ist es nicht, das politische Nicht-Handeln der Politiker zu kompensieren.

Das enge Mandat der EZB und die Unabhängigkeit der EZB

“In summary, it can be said that “Today most central banks are independent, headed by non-elected officials, and quite powerful. This set-up is acceptable only if independence is limited by the mandate. That’s the framework the legislators have given us [...]. That is why we are so keen about respecting the mandate, because that’s the true guarantee of our independence, which [...] is crucial for our credibility. And credibility is essential for delivering price stability.” Those words are not mine, by the way, but come from a recent interview with Mario Draghi, who put the point most succinctly.”

Wir haben unsere Unabhängigkeit ja deshalb bekommen, weil wir uns auf ein sehr enges Mandat beschränken müssen. Dieses Mandat heisst: Wahrung und Sicherung der Geldwertstabilität.

Und wenn wir dieses Mandat verlassen, wird ganz zu Recht diese Unabhängigkeit in Frage gestellt (d. h. sie ist dann nicht mehr demokratisch legitimiert).

Die Frage stellt sich dann: warum gibt es denn für die EZB keine parlamentarische Kontrolle?

Die Demokratie wird ausgehebelt

Die Gefahr der Umgehung der parlamentarischen Kontrolle (34:30)

Und deshalb hat auch J. W. Wert darauf gelegt, dass der Bundestag die Kreditgewährung durch die Bundesbank an den IWF diskutiert, um zu verhindern, dass man später der Bundesbank vorwirft, dass der Bundestag eine Begrenzung der deutschen Haftung auf etwa 200 Milliarden beschlossen hat und die Bundesbank dann diese Beschlüsse des Parlaments unterläuft, indem sie Risiken und Haftung auf ihre Bilanz nimmt.

Denn das Schlimmste, was passieren kann, ist dass man die parlamentarische Kontrolle umgeht, und dass man am Ende faktisch eine Haftungsgemeinschaft schafft, ohne dass es darüber im Parlament eine Diskussion gab, und ohne dass das am Ende demokratisch beschlossen wurde.

Das Problem des „moral hazard“

Die Gefahren durch „moral hazard“

Wenn die Notenbanker den Politikern zu verstehen geben, dass sie auf deren Nicht-Handeln immer so reagieren, dass sie im Notfall für sie einspringen, dann wird das dazu führen, dass ein solches Nicht-Handeln für die Zukunft immer wahrscheinlicher wird. Das ist ein weiterer Grund dafür, dass sich die Notenbank ganz klar auf ihr Mandat begrenzt.

Die EZB setzt mit ihrem Handeln immer wieder auch den Rahmen für politisches Handeln oder Nicht-Handeln.

Gefährliches Politik- und Demokratieverständnis

Und was für ein Politikverständnis kommt denn zum Ausdruck, wenn die Notenbank immer dann einspringen muss, wenn die Politik nicht handelt – oder sich eventuell sogar gegen etwas entscheidet (Deutschland: Haftungsgrenze 200 Mrd.), und dann die ungewählte Notenbank diese politischen Entscheidungen aushebeln soll?

Die Politiker scheuen sich, die Bevölkerung vor die klare Wahl zu stellen

Die Politiker schenken der Bevölkerung keinen reinen Wein ein und scheuen davor zurück, ihnen die Wahrheit zu sagen. Und diese Wahrheit ist, dass um den Euro zu retten, wir ein neues Europa brauchen und dass dieses neue Europa nur funktionieren kann, wenn wir auf entscheidende (staatsdefinierende) Souveränitätsrechte verzichten.

Im Fragenteil (ab 45:00)

- (43:50) Barack Obama hat sich auf einem G20-Gipfel tierisch über Weidmann aufgeregt
- EMS Bankenlizenz? Nein
- Direkte Ansteckung und indirekte Ansteckung durch moral hazard (warum soll ich politisch schmerzhaft Reformen durchführen, wenn ich die Hilfe auch ohne Achtung der Auflagen bekommen kann)
- Tranferunion wie deutscher Länderausgleich? warum nicht, wenn ich die Mehrheit in den betroffenen Bevölkerungen dafür kriege?

Quellen:

- Weidmann-Interview der Körber-Stiftung / Der Spiegel vom 25. Juni 2012
https://www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=SBptZU5aoPE
- Rede Chatam House London March 2012
https://www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=EaWPj3GHdR4
- Interview Le Monde 25 mai 2012
- http://www.lemonde.fr/economie/article/2012/05/25/jens-weidmann-croire-que-les-eurobonds-resoudront-la-crise-est-une-illusion_1707264_3234.html
- Spiegel-Interview mit Jens Weidmann vom 29 August 2012 (in English)
<http://www.spiegel.de/international/europe/spiegel-interview-with-bundesbank-president-jens-weidmann-a-852285.html>
- Germany's Central Bank and the Eurozone
<http://www.cfr.org/eu/germanys-central-bank-eurozone/p29934>
- Rede Faust-Vergleich
http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Reden/2012/2012_09_18_weidmann_begruessungsrede.html
http://www.bundesbank.de/Redaktion/EN/Reden/2012/2012_09_20_weidmann_money_creation_and_responsibility.html
- Zitat aus der Rede, die mit Draghi-Zitat endet... (cf 68,96)
<http://www.ft.com/cms/s/0/d1d81962-63e7-11e2-b92c-00144feab49a.html#axzz2K7IBRYLL>
-